

Ohne Land und ohne Rente

Guatemala: Landarbeiter werden um Rentenbeiträge betrogen und vertrieben. Landarbeiterorganisation kritisiert Regierung

Von Thorben Austen, Quetzaltenango

Auf der Finca La Asunción im Departamento Quetzaltenango eskaliert der Konflikt um nicht gezahlte Rentenbeiträge. Am vergangenen Mittwoch zerstörten Polizeieinheiten die Häuser von ehemaligen Arbeitern des Gutshofes. Sechs Familien, insgesamt 30 Personen, wurden vertrieben und mussten bei Verwandten Zuflucht suchen, erklärte Dalila Merida, Koordinatorin der Landarbeiterorganisation Komitee für Bauerneinheit (CUC) für die Region Costa Sur, im Gespräch mit *junge Welt* am Dienstag.

Hintergrund ist, dass die Besitzer des Gutshofes, die Oligarchenfamilien Campollo und Quintanal, die Arbeiter jahrzehntlang um die Rentenbeiträge betrogen haben. Die sechs Familien ehemaliger Arbeiter hätten ohne Rente nicht »gewusst, wohin« und sind daher auf der Finca geblieben. Zwar haben die Fincabesitzer als Entschädigung jeder Familie ein kleines Stück Land angeboten, aber das lag weit weg von jeder Infrastruktur und ohne Anbindung an Strom- oder Wasserversorgung, sagte Merida. Daher haben die Familien entschieden, in kleinen Häusern auf der Finca zu bleiben.

»Landbesetzung im schweren Fall«, nennen das die Fincabesitzer, und holten bereits zweimal die Polizei. Am 2. März wurden drei ehemalige Arbeiter und zwei weitere Familienangehörige verhaftet. Unter ihnen auch der 74jährige an Diabetes leidende Teófilo Castro, dem ein Bein amputiert wurde. Zwar seien die fünf nach einer ersten richterlichen Anhörung am 11. März wieder freigelassen worden, ein Prozess stehe aber noch aus, und sie müssten sich alle 15 Tage bei der Polizei melden, erklärte Merida. Am Tag der Freilassung kam es zu dem gewaltsamen Polizeieinsatz und der Vertreibung.

Insgesamt sind 300 Arbeiter betroffen. 30 Jahre lang hatten die Gutsbesitzer den gesetzlich vorgeschriebenen sogenannten Arbeitgeberanteil unterschlagen. Das ist bereits seit über zehn Jahren bekannt, in der Vergangenheit gab es immer wieder Proteste gegen die Gutsbesitzer und Repression; Merida wurde im September 2016 für eine Woche inhaftiert. In einer Pressekonferenz am 26. Juni 2017 nannte das Guatemaltekeische Institut für Soziale Sicherheit (IGSS) die Details zum Ausmaß des Betrugs. Demnach bezifferten sich die nicht gezahlten Rentenbeiträge auf 3,5 Millionen Quetzales (rund 400.000 Euro), durch Zinsen und Strafgeldern habe sich die Summe mittlerweile auf 6,4 Millionen Quetzales (730.000 Euro) erhöht. Aber gezahlt wurde nichts. 60 der 300 betrogenen Arbeiter sind mittlerweile verstorben.

Die staatliche Krankenversicherung ist in Guatemala für alle formell Beschäftigten in privaten Unternehmen wie im öffentlichen Dienst vorgeschrieben. Für die Rente müssen 15,5 Prozent des Gehaltes abgeführt werden, wobei der Arbeiter 4,83 Prozent selbst übernehmen muss, 10,67 Prozent sind vom Unternehmen zu zahlen. Das IGSS kümmert sich nicht nur um Rentenbeiträge, sondern betreibt auch eigene Krankenhäuser, in denen Beschäftigte behandelt werden können.

Von 18 Millionen Einwohnern waren 2022 allerdings nur 1,5 Millionen Menschen beim IGSS gemeldet. Dies liegt vor allem am hohen Anteil der informell Beschäftigten, allerdings kommen auch Fälle wie der auf der Finca La Asunción häufiger vor, bestätigt Juan Aguilar von der Gewerkschaft Unión de Trabajadores de Quetzaltenango gegenüber *jW*.

Neben der häufig schweren und schlecht bezahlten Arbeit auf den Fincas leidet die ländliche Bevölkerung vor allem an fehlendem eigenen Land. Die Konflikte um Land nehmen daher zu, Agrarunternehmen und Großgrundbesitzer rufen immer wieder die Polizei zur Hilfe. Zwischen dem 1. April 2024 und dem 31. März 2025 wurden 154 Vertreibungen durch Sicherheitskräfte gezählt, ein deutlicher Anstieg zu den Vorjahren. Häufig steht hinter den Anzeigen der Großgrundbesitzer aber kein Vergehen: Von 14.049 Anzeigen wegen »Landbesetzung« kam es in den vergangenen Jahren nur in 140 Fällen zu Anklagen, davon noch in 42,8 Prozent zu Freisprüchen, heißt es in einem Artikel von *Epinvestiga*. Merida sieht daher Handlungsbedarf der sozialdemokratischen Regierung. Vor zwei Jahren schlossen Landarbeiterorganisationen ein Abkommen mit der Regierung, und sie kritisieren jetzt, dass bisher nichts davon umgesetzt worden sei. »Unsere Organisation hat gemeinsam mit dem Bauernkomitee des Hochlandes (CCDA) Präsident Arévalo vergangene Woche noch mal deutlich zu konkreten Schritten innerhalb der nächsten vier Wochen aufgefordert«, erklärte Merida.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519459.arbeitskampf-in-guatemala-ohne-land-und-ohne-rente.html>